

[Transcript] Thema des Tages / Wie die Regierung niedrigere Mieten verhindert

Dieser Podcast wird unterstützt von A1.

Ich bin Tobias Holop, das Systema des Tages, der Nachrichten-Podcast vom Standard.

Eine Mietpreisbremse könnte die massive Teuerung in Österreich, laut Expertenmeinung, zumindest teilweise abfedern – und jetzt kommt sie trotzdem nicht.

Denn die Regierungsparteien ÖVP und Grüne konnten sich nicht auf eine Umsetzung einigen.

Müssten Mieterinnen und Mieter jetzt also wegen politischen Hickhacks draufzahlen?

Das besprechen wir heute im Podcast.

Wir schauen uns außerdem an, wer von der nun geplanten Kompromisslösung profitiert – nämlich einer Erhöhung des sogenannten Wohnkostenzuschusses.

Und wir fragen nach, ob diese Maßnahme die Inflation noch weiter anheizen wird.

Martin Putschögel, du berichtest für den Standard über alles, was mit Immobilien zu tun hat und mit Wohnen.

Und du hast auch schon ganz viel über diese Mietpreisbremse geschrieben, die jetzt eben nicht kommen wird.

Damit wir das alles richtig einordnen können, kannst du uns für den Anfang kurz erklären, was muss man sich unter so einer Mietpreisbremse überhaupt vorstellen?

Also die Mietpreisbremse hätte die Mieten in Altbauwohnungen und in manchen Gemeinde Wohnungen betroffen.

Am 1.

April steht die nächste Anhebung in die Inflationsanpassung der Mietrichtwerte bevor.

Die Richtwerte steigen jetzt im Durchschnitt um 8,6 Prozent.

Da gibt es Richtwerte für die einzelnen Bundesländer.

Und nachdem erst im Vorjahr die Richtwerte angehoben worden sind, damals waren es auch fast 6 Prozent, wollten die Grünen das jetzt heuer abmildern.

Da war jetzt zuletzt im Gespräch eine Aufteilung der 8,6 Prozent auf zwei oder drei Jahre.

Die Grünen hätten sich vorgestellt, dass man zweimal 3,8 Prozent macht und einmal 1 Prozent.

Und die ÖVP wollte, dass man das auf zweimal aufteilt, mit jeweils 4,3.

Also da geht es um Mietpreise und darum, dass die jetzt nicht auf einen Schlag sehr stark ansteigen, sondern immer ein bisschen jedes Jahr über die nächsten Jahre verteilt.

Und das gilt jetzt aber nicht für alle Mieterinnen und Mieter in Österreichs, sondern nur für einige, hast du gesagt, oder?

Wie gesagt, hätte das nur für Altbaumitwohnungen gegolten, die anderen Mietverhältnisse.

Wir haben davon nicht betroffen gewesen.

Und genau das ist jetzt auch das Hauptargument der Regierung.

Warum die jetzt gefundenen Lösungen mit diesem Wohnzuschuss besser sein soll als die reine Mietpreisbremse in Altbauwohnungen?

Weil da können jetzt nämlich alle Mieterinnen und Mieter, die bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten, beim jeweiligen Bundesland einen Antrag auf Auszahlung dieses Zuschusses stellen.

Diesen Wohnkostenzuschuss müssen wir uns gleich noch im Detail anschauen, das ist nämlich wirklich kompliziert.

Aber warum genau kommt denn jetzt diese angesprochene Mietpreisbremse nicht?

Ich habe ganz oft von dieser Diskussion zwischen den Regierungsparteien gehört und dass die

ganz chaotisch abgelaufen ist.

Was war da genau los?

Genau, angefangen hat es eigentlich Anfang Februar, wobei man dazu sagen muss, dass man seit Mitte jener schon weiß, in welchem Ausmaß die Richtwürde steigen werden.

Anfang Februar ist dann ein ÖVP-Abgürtner davor geprescht und hat in einer ORF Sendung gesagt, dass man bei den Indexierungen etwas machen will.

Dann wurde hin und her verhandelt, es gab dann eigentlich schon eine weitgehende Einigung auf ein recht größeres Paket, das hätte nicht nur eine Mietpreisbremse behandelt, sondern da wäre auch ein Sanierungsbonus für Hausbesitzer-Training gewesen, da haben die Grünen dann zugestimmt.

Dann ist aber auch das geplatzt, weil die ÖVP wollte dann quasi in letzter Sekunde noch einen Punkt reinverhandeln, nämlich Erleichterungen beim Eigenheim Erwerb für Käuferinnen und Käufer vom ersten Eigenheim, eine Erleichterung bei der Grunderwerbsteuer.

Das ist aber dann letztlich auch geplatzt, die Grünen wollten dann eine Ausnahme für Luxusimmobilien reinverhandeln, man hatte sich zuletzt dann fast schon wieder geeinigt, es gab dann die Zusage der ÖVP, dass man ab einem Immobilienwert von einer Million auch ab dem ersten Euro sozusagen die Grunderwerbsteuer zahlen sollte, dann wollten die Grünen aber auch einen quasi Luxusaufschlag für Luxusimmobilien, nämlich eine höhere Grunderwerbsteuer ab einer Million.

Und daraufhin hat dann die ÖVP gesagt, am vergangenen Montagjahr, dann machen wir einfach nur diesen

Wohnkostenzuschuss, das ganze Paket ist dann geplatzt.

Also kann man diese zwei Fronten, wenn man das so sagen kann, zusammenfassen mit die Grünen wollten Erleichterungen für Mieterinnen und Mieter unter bestimmten Umständen und die ÖVP wollte Erleichterungen für Immobilien und Grundbesitzer?

Kann man so sagen, man kann es aber auch ein bisschen differenzierter betrachten.

Zunächst möchte ich sagen, dass die Forderungen, die die Grünen aufgestellt haben, die kamen ja auch aus Teilen der ÖVP, zum Beispiel das Seniorenbund, hat sich auch dafür ausgesprochen, dass es diese Mietpreisbremse gibt, auch andere ÖVP in der Ajo-Organisationen sind da in die Breche gesprungen, aber es war halt einfach nicht möglich letztlich.

In meiner Sicht wäre es ein leichtes gewesen, dass man die 8,6% auf zwei Jahre verteilt, das wäre gegangen, weil die nächste Anhebung ist sowieso erst 2025.

Aber Martin, dieses ganze Hin und Her, das du da beschrieben hast, das klingt, ist ein Streit auf dem Schulhof oder zumindest ein Tauschhandel, das ist jetzt wirklich ein politischer Streit, wegen dem diese große, lange verhandelte Entlastung nicht in der Form kommen kann, wie geplant?

Ja, so ganz grundsätzlich ist es immer schwierig mit der ÖVP solche Eingriffe zu verhandeln, das war schon unter rot-schwarzen Regierungen so.

Da hat man auch mit Mühe zweimal bei der Richtwertanhebung was machen können.

Die ÖVP ist da halt klar auf Seiten der Hausbesitzer und will denen da nichts wegnehmen.

Wenn man es differenziert betrachtet, dann ist es so, im Jahr 2021 gab es einen Beschluss eines Gesetzes, das hat den lustigen Namen Mietzinsrechtliches Pandemiefolgenlinderungsgesetz. Das wurde damals mit einer Vierpartei in Mehrheit im Parlament beschlossen, da waren nur die Neos dagegen.

[Transcript] Thema des Tages / Wie die Regierung niedrigere Mieten verhindert

Und dieses Gesetz, das man eben beschlossen hat, um Pandemiefolgen zu lindern, wie der Name schon sagt, dieses Gesetz sieht halt ganz klar vor, dass sowohl 2022 als auch 2023 die Anhebung der Mietrichtwerte durchzuführen ist.

Normalerweise findet das alle zwei Jahre statt, wegen Corona ist das aber 2021 verschoben worden auf 2022.

Das heißt, was jetzt eigentlich passiert ist, man hat hier nicht eingegreifen, das heißt das Gesetz, das man damals beschlossen hat, wird ganz normal angewandt.

Und die Hausbesitzer pochen natürlich auch darauf, dass sie die Inflation abgegolten bekommen.

Man hätte aber natürlich auch, zum Beispiel jetzt, wenn man das größer aufgezogen hätte, diese ganze Diskussion, sagen können, man erfindet oder entwickelt einen eigenen Index, an den man die Mieten koppeln kann, das wäre alles gegangen, dafür hätte man das Ganze aber wahrscheinlich in Ruhe diskutieren müssen und nicht in so einer Huchpuschaktion, wie sie jetzt eigentlich geworden ist.

Das Ganze klingt auch nach einem Interessenkonflikt wirklich zwischen verschiedenen Seiten, aber eben auch nach einem großen Politpoker, wo in dem Sinn jetzt niemand gewonnen hat, weil das ganze Paket um die Mietpreisbremse herum kommt ja jetzt nicht, stattdessen, wie du schon gesagt hast, kommt eine Erhöhung des Wohnkostenzuschusses.

Das klingt jetzt auch ein bisschen kompliziert, wie viel der ausmachen kann, für wen das relevant ist und ob das eine gute Lösung ist, das besprechen wir alles nach einer kurzen Pause.

Wir sind gleich zurück.

5G jetzt in allen A1-Smartphone-Tarifen für mehr Speed und mehr Spaß, im besten 5G-Netz von A1.

Dazu Top 5G-Smartphones und bis zu 100 Euro günstiger.

Sparren können jetzt alle auch mit dem Samsung Galaxy A54 mit A1-Mobil S inklusive 30 Gigabyte ab nur 22,90 Euro monatlich, mit Gratisaktivierung.

Ehrliches Entgelt 34,90 Euro.

Jetzt du im A1-Gigernetz.

Schaffen wir es noch, die Erderhitzung zu stoppen?

Wie verändert künstliche Intelligenz unser Leben?

Wie werden wir in einer heißeren Welt leben, arbeiten, holauben?

Und wann fahren Autos autonom?

Ich bin Alicia Prager und ich bin Florian Koch.

Um solche und viele weitere Fragen geht es im Podcast in Zukunft und Edition Zukunft Klimafragen.

Wir sprechen mit Expertinnen und Experten und diskutieren Lösungen für die Welt von morgen.

Für einen weiteren Tag gibt es eine neue Folge.

Mittlerweile hat sich auch eine zweite Immobilien Redakteurin hier beim Standard in unser Studio zu uns gesellt, nämlich du Franziska Zeudel, weil du dir heute im Detail angeschaut hast, wie dieser Wohnkostenzuschuss funktioniert.

Den gibt es ja prinzipiell schon länger, jetzt wurde von der Regierung verkündet, dass er um 225 Millionen Euro aufgestockt werden soll, aber wer kann denn davon jetzt überhaupt

was bekommen?

Das ist eine sehr gute Frage.

Also grundsätzlich ist es so, die 225 Millionen Euro, die werden nach Bevölkerungsanteil jetzt auf die Bundesländer aufgeteilt und dort werden dann auch die genauen Modalitäten bestimmt und die Kriterien, wer jetzt Geld bekommt.

Wir haben heute schon sehr fleißig probiert, da bei den einzelnen Bundesländern ein bisschen Details zu erfahren, da herrschte aber auch Großteils noch ziemliche Radlosigkeit, also in der Steiermark ist man gerade noch mit den Vorbereitungen zur Auszahlung eines Wohn- und Heizkostenzuschusses von vor einigen Monaten beschäftigt, der wurde da schon um Österreich weit 450 Millionen Euro aufgestockt.

In Niederösterreich geht man davon aus, dass das eine neue Förderschiene sein wird und in Oberösterreich glaubt man, dass es über den bestehenden Heiz- und Energiekostenzuschuss laufen wird.

Genauer weiß man nicht, jetzt einmal nur das Beispiel, damit man sich das vorstellen kann, in Oberösterreich liegt zum Beispiel die Einkommensgrenze für Alleinstehende beim Heizkosten- und Energiekostenzuschuss, der eben gerade läuft, bei 1.200 Euro netto, für Paare sind es 1.800 Euro.

Okay, also Beispiel Oberösterreich, wenn ich weniger als 1.200 Euro verdiene als Einzelperson, ein Person in Haushalt, dann könnte ich um seinen Wohnkostenzuschuss ansuchen und verstehe es richtig, dass das aber wirklich in jedem Bundesland komplett anders sein kann, also muss man dann ins Internet gehen und nachschauen, was eben die genauen Förderrichtlinien im eigenen Bundesland sind.

Ganz genau und grundsätzlich sind diese Dinge recht übersichtlich aufbereitet und man kann auch Online-Anträge stellen, also man muss jetzt nicht auf irgendeinen Amt laufen und sich dort ewig anstellen.

Ich hätte dir wahnsinnig gern mehr und konkret Dresd dazu erzählt, ich wurde aber auch vom Sozial- und Finanzministerium hin und her geschickt, also ich glaube, es ist noch ein bisschen Radlosigkeit diesbezüglich.

Reden wir über das, was wir wissen oder was man sagen kann, so ganz grundsätzlich, du hast gesagt, ich muss mich nicht am Amt anstellen, aber ich muss schon einen Antrag stellen, damit ich dieses Geld bekommen kann.

Genau, also das wird man online beantragen können, davon kann man ausgehen, diverse Organisationen bieten auch Beratungen, das gibt es jetzt schon zu Wohnbeihilfe, zum Wohnschirm, zu Wohn- und Heizkostenzuschüssen an, etwa die Caritas und auch manche Gemeinden

bieten Beihilfen zum Wohnen, aber auch dort kann man sich beraten lassen.

Und du hast gerade schon dieses eine Beispiel gesagt, dass ich bis zu 1200 Euro verdienen darf, als einzelne Person in Oberösterreich, wenn ich so einen Zuschuss möchte, aber kann man dann auch irgendwie einschätzen, wieviel Geld man da dann rausbekommen könnte als einzelne Person oder als Haushalt?

Der ÖVP-Club-Chef August Wöginger ist gestern bei der Präsentation davon ausgegangen, dass rund eine Million Haushalte aus dem unteren Einkommenssegment eine Einmalzahlung von durchschnittlich 200 Euro bekommen.

Aber wenn man das jetzt vergleicht mit einer Mietspreiskontrolle, ist es doch eh ja nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, wie halt auch NGOs kritisieren.

Und betrifft das jetzt eigentlich alles nur MieterInnen oder kommen da Menschen mit Eigentumswohnungen

mit einem Familienhaus, wo wir ja schon gesprochen haben, auch wieder ein Spiel irgendwie?

Nein, das können sich dann durchaus auch Menschen mit Eigenheimen, die eben diese Anforderungen erfüllen, auch abholen.

Jetzt habe ich heute, in der Früh schon kurz im Radio gehört, den Wirtschaftsexperten Gabriel Felbermaier im ORF, der hat gesagt, dass dieser Wohnzuschuss statt der Mietspreiskontrolle diese Entscheidung, dass dadurch die Teuerung jetzt noch weiter angekurbelt werden könnte.

Kannst du ganz grob erklären, warum das so ist?

Ja genau, der hat kritisiert, dass mit der Mietspreiskontrolle, da wäre es gelungen, aus dieser Inflationsanpassungsautomatik auszusteigen.

So hat er das heute früh im ÖE1-Morgenschornal gesagt.

Diese 225 Millionen Euro, die eben jetzt in die Hand genommen werden, die werden von den Kapitalmärkten kommen, kritisiert er, und dieses viele neue Geld, das kann man sich eh vorstellen, dass da wieder in den Markt gepumpt wird, die Preise halt weiter in die Höhe treiben, so befürchtet er es.

Also Vor- und Nachteile bei dieser Alternativ-Lösung, die jetzt tatsächlich kommen soll und Franziska, du hast schon gesagt, diese Beträge, die bei den einzelnen Personen ankommen, die dürften so eine Art Tropfen auf den heißen Stein sein, sagen Angie aus, unter anderem Martin, du beschäftigst dich ja auch schon sehr lange mit diesem Thema, wie ist da deine Einschätzung, wie beurteilst du das Ganze unter dem Strich?

Also aus Sicht der Bevölkerung, war das jetzt eine Art guter Kompromiss, der da rausgekommen ist?

Letztlich war es ein Minimalkompromiss zwischen ÖVP und Grünen, der dann auch letztlich viele Leute ratlos und auch enttäuscht zurücklässt, weil diese Einmalzahlungen werden vielen Mieterinnen und Mietern nicht nachhaltig helfen, das ist klar, es wird zu vermehrten Umzügen kommen vermutlich, weil sich die Menschen das Wohnen in ihren Altbewohnungen nicht mehr leisten können.

Grundsätzlich muss man dazu sagen, wenn das der Fall ist, sollte man eben auch möglicherweise mit dem Vermieter ins Gespräch kommen, aber wenn das nichts fruchtet, dann ist man halt auf einen Umzug angewiesen.

Dazu ist zu sagen, dass es diesen Wunschirm gibt von der Regierung, den sie 2022 vor genau einem Jahr ins Leben gerufen hat, der wurde jetzt auch aufgestockt und soll helfen, die Logierungen zu vermeiden und wenn sich Leute das Wohnen in den eigenen Wänden nicht mehr leisten können, dann wird da auch ein Umzug finanziert.

Das ganze Paket wäre halt auch unterführenden Ökonomen auf Zustimmung gestoßen, also dieses Paket aus Mietspreiskontrolle, Grunderwerbsteuer, Erleichterungen und Sanierungsbonus und deswegen wird das eben jetzt auch als vertane Chance betrachtet.

Du sagst vertane Chance und du beobachtest die ganze Thematik ja auch schon seit Jahren wie du erklärt hast, was denkst du denn, kann man sich aus dieser, wenn ich das so sagen kann, chaotischen Diskussion etwas mitnehmen, weil es ist ja erst darüber geredet worden, dass das kommen könnte, es hat Vorteile und Nachteile gegeben, jetzt kommt es doch

[Transcript] Thema des Tages / Wie die Regierung niedrigere Mieten verhindert

nicht.

Was könnte oder vielleicht sogar, was sollte die Politik beim nächsten Mal anders machen deiner Meinung nach?

Also meiner Meinung nach hätte man zum ersten schon mal früher damit beginnen müssen, das ganze zu verhandeln.

Man wusste im Oktober, dass die Richtwertanhebung im April ziemlich geschmolzen ausfallen wird.

Im 15. Jänner weiß man auch das genaue Maß der Anhebung und da hätte man schon im Herbst beginnen können, in solches Paket zu verhandeln.

Was jetzt die Lehren daraus betrifft, die nächste Anhebung ist für 2025 vorgesehen, da sollte man jedenfalls sicherstellen, dass es nicht wieder so ein absurdes Theater gibt.

Man sollte sich also jetzt schon darüber Gedanken machen, wie man die Inflationsanpassung der Richtwerte eventuell auch glätten kann.

Da gibt es Vorschläge, man könnte zum Beispiel wieder zu einer jährlichen Anpassung zurückkehren,

der seit dieses Jahr ein 2-Jahres-Rhythmus in dem die Richtwerte angepasst werden, die ÖVP will das eigentlich auch, die Rückkehr zum 1-Jahres-Rhythmus und man könnte dann natürlich auch zum Beispiel einen Durchschnitt der Inflationsrate hernehmen, einen Durchschnitt der letzten 5-10 Jahre.

Und ganz grundsätzlich gesagt, nachdem ich das schon sehr lange beobachte und mittlerweile auch die x-te Richtwertanpassungs-Thematik miterlebe, das gehört endlich das ganze Mitrecht reformiert und das Richtwertsystem sowieso, weil das stößt uns an die Grenzen mit Lagezuschläge und so, da kennt sich in Wahrheit niemand mehr aus.

Aber es traut sich halt niemand, leider das anzugreifen, wäre aber dringend erforderlich.

Einige Möglichkeiten gäbe es ja, wie du aufgezählt hast, also bleibt zu hoffen, dass die Politik fürs nächste Mal vielleicht auch ein Vorbild nimmt an den Expertinnenvorschlägen, die alle am Tisch liegen.

Es kommt jetzt eben nicht zu einer Mietpreisbremse, es gibt eine Erhöhung des Wohnkostenzuschusses

und wie man den genau bekommt, kann man auf der Standardpunkt der Tee nachlesen, heute am Donnerstag und in den nächsten Tagen.

Danke euch beiden, dass ihr uns heute dieses komplizierte Thema erklärt habt, Franziska Zeudel und Martin Pudzschögel.

Gerne, danke.

Es geht gleich weiter mit unseren Meldungen und da geht es unter anderem um die Fixierung des neuen ORF-Gesetzes und darum, wie viel man in Österreich bald für den ORF zahlen muss.

Wenn Sie in der Zwischenzeit schon unsere journalistische Arbeit hier beim Standard unterstützen möchten, dann geht das zum Beispiel indem Sie ein Standard-Abo abschließenden Link dazu finden Sie in den Show Notes.

Wenn Sie Thema des Tages über Apple-Podcasts hören, dann kann man dort auch einige Euro für ein Premium-Abo zahlen und unterstützen und in Zukunft ohne Werbung hören.

Jetzt aber dranbleiben, wir sind gleich zurück.

Ich bin Doris Priching und ich bin Michael Steingruber und gemeinsam sind wir Serienreif.

[Transcript] Thema des Tages / Wie die Regierung niedrigere Mieten verhindert

Das ist der Standard-Podcast über die spannende Welt der Serien.

Genau, bei uns erfahren Sie faszinierende Details über House of the Dragon und die Ringe der Macht.

Und restlos alles über satanische Spiele in Stranger Things.

Wir widmen uns Seriengrößen von Obi-Wan Kenobi bis zu RuPaul und zerlegen die neueste Marvel-Serie

wenn nötig - Serienreif, euer Streaming-Podcast jeden zweiten Donnerstag, eine neue Folge.

Und hier ist was Sie heute sonst noch wissen müssen.

Erstens.

Für den öffentlich-rechtlichen ORF wurden heute am Donnerstag erste Eckpunkte der geplanten Haushaltsabgabe vorgestellt.

Die soll ja im kommenden Jahr dann die GISS ersetzen und wird zukünftig für alle Hauptwohnsitze fällig, unabhängig davon, ob sie Fernseher oder Radius besitzen.

Besuche von GISS-Mitarbeiterinnen wird es dann auch nicht mehr geben.

Laut bestätigten Standard-Infos dürfte die Haushaltsabgabe rund 15 Euro betragen, dazu können aber noch ein paar Euro dazukommen, das ist je nach Bundesland unterschiedlich.

Als nächstes wird die Haushaltsabgabe jetzt noch auf MinisterInnen und später dann auf Parlamentsebene behandelt, sie soll 2024 in Kraft treten.

Zweitens, der frühere Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek, könnte in seine vorherrige

Funktion zurückkehren.

Pilnacek wurde vor fast zwei Jahren suspendiert, weil mehrere Ermittlungsverfahren gegen ihn laufen.

Dabei wird ihm vorgeworfen, dass er ein nahe Verhältnis zum ehemaligen ÖVP-Justizminister Wolfgang Brandstetter haben soll und dass er Ministeriums interner an externe Personen weitergegeben haben soll.

Pilnacek bestreitet diese Vorwürfe und es gilt die Unschützermutung.

In einem Verfahren hat es mittlerweile einen Freispruch gegeben, weil sich andere Verfahren aber so in die Länge ziehen, muss die Suspendierung von Pilnacek nun im April überprüft werden.

Unter Umständen könnte Pilnacek also ins Justizministerium zurückkehren, obwohl noch weitere Ermittlungsverfahren laufen.

Drittens, in Niederösterreich ist heute am Donnerstag erstmals der neue Landtag zusammengetreten, der im Jänner gewählt wurde.

Dabei wurde auch EVP-Landeshauptfrau Johanna Mikkel Leitner in ihrem Amt bestätigt, allerdings ohne die Stimmen ihrer Koalitionspartner in.

Weil die FPÖ im Wahlkampf versprochen hatte, Mikkel Leitner nicht zur Landeshauptfrau zu machen, haben sich die Blauen Mandatarinnen allesamt enthalten.

Durch diese Enthaltungen haben sich die Stimmenverhältnisse dann aber so verschoben, dass Mikkel

Leitner eben trotzdem im Amt bleiben kann.

Als ihr Stellvertreter wurde FPÖ-Chef Udo Landbauer gewählt, sein Parteikollege Gottfried Waldhäusl ist jetzt zweiter Landtagspräsident.

Während der Sitzung gab es in St.

Pölten eine Demonstration, bei der etwa die Organisationen SOS Mitmensch und Omas gegen

[Transcript] Thema des Tages / Wie die Regierung niedrigere Mieten verhindert

Rechts dabei waren.

Das Motto dabei, Zitat, keine Koalition mit Rassisten, Zitat Ende.

Und viertens, Technologien wie die Cloud oder künstliche Intelligenz entwickeln sich gerade ja rasend schnell weiter und machen dadurch auch immer größere Serverfarmen voller Technik notwendig.

Ein britisches Cloud-Startup macht diese Not in Zeiten teurer Energie zur Tugend und bietet an mit der Abwehr mit seiner Server Wohnungen und sogar Schwimmbäder zu beheizen. Interessierte Unternehmen stellen dabei Platz für einen Container voller Technik zur Verfügung und der versorgt das Unternehmen dann umsonst mit Warmwasser.

In einem konkreten Schwimmbad im Südwesten England soll der Energiebedarf dadurch um 62% gesenkt worden sein, laut dem beteiligten Unternehmen soll das die jährlichen Kosten um 34.000 Euro gesenkt haben und langfristig rund 26 Tonnen CO2 sparen.

Wer Platz im Garten hat und ein Schwimmbad besitzt, kann die Hintergründe gerne auf der Standardpunkt.t nachlesen und sonst kann man sich dort auch immer über das aktuelle Weltgeschehen informieren.

Wenn Sie jetzt noch nicht genug von Standard-Podcasts haben, dann kann ich Ihnen sehr unseren Schwester-Podcast besser leben empfehlen, da geht es in der aktuellen Folge darum, wie man seine Mittagspause am besten plant, also ob man am Schreibtisch schnell ein Wecker essen soll oder besser doch eine halbe Stunde in die Küche gehen soll.

Eine sehr wichtige Folge für mich, also unbedingt Reinhören, überall wo es Podcasts gibt.

Falls Sie uns noch irgendwas sagen möchten, dann schreiben Sie gerne eine Mail an [Podcast.t](mailto:Podcast.t@Standardpunkt.t) der Standardpunkt.t und wenn Ihnen diese Folge gefallen hat, dann abonnieren Sie unseren besten auf Ihrer liebsten Podcast-Plattform, dann verpassen Sie auch keine weitere mehr. Vielen Dank dafür.

Ich bin Tobias Hoh lup, danke auch fürs Zuhören und bis zum nächsten Mal.

Ich bin die Franziska, ich bin der Martin und wir wollen besser leben.

Lohnt sich 10.000 Schritte zugegen jeden Tag?

Ist das Großraumbüro wirklich so schlecht wie sein Ruf?

Spoiler Ja, bringt zwar Intervall zu Fasten.

Wir fragen die, die es wirklich wissen und probieren es auch gleich selber aus.

Bei besser leben, jeden Donnerstag eine neue Folge.